



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: kontakt@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

PRESSEMITTEILUNG, 12.9.2013

LobbyControl-Wahlprüfsteine: Union sieht keinen Bedarf für mehr Transparenz

SPD, Grüne und Linke wollen Lobbyismus stärker kontrollieren, FDP weitgehend ablehnend

Die politischen Parteien positionieren sich beim Thema Lobbyismus vor der Bundestagswahl sehr unterschiedlich. Das ergeben die Wahlprüfsteine, die die Nicht-regierungsorganisation LobbyControl heute veröffentlicht hat. Gefragt hat LobbyControl nach den Positionen der Parteien im Bundestag zu einem verpflichtenden Lobbyregister, zu Karenzzeiten vor dem Wechsel von Ex-Ministern in Lobbyjobs, zu Transparenz bei Nebeneinkünften sowie Parteienfinanzierung und zur Abgeordnetenbestechung. Zudem wurden von vier kleineren Parteien – Piraten, AfD, ÖDP und Freie Wähler – die Wahlprogramme ausgewertet.

„Deutschland hinkt in Sachen Lobbyregulierung und Transparenz hinterher“, erklärt der LobbyControl-Geschäftsführer Ulrich Müller. „Die Wahlprüfsteine bieten eine Orientierungshilfe für alle, denen dieses wichtige Thema am Herzen liegt.“

Eine Übersicht über die Ergebnisse: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/LobbyControl-Wahlpruefsteine-2013.pdf>

Die ablehnendste Haltung zu mehr Transparenz und Lobbyregulierung vertritt demnach die CDU/ CSU, gefolgt von der FDP. Diese ist an einigen Stellen zu kleineren Fortschritten bereit. Die drei Oppositionsparteien teilen die meisten LobbyControl-Forderungen mit Abweichungen an einzelnen Punkten. Bei den kleinen Parteien haben die Piraten das ausgefeilteste Programm zur Lobbyregulierung.

Für ein **verpflichtendes Lobbyregister** sprechen sich alle Oppositionsparteien aus. Union und FDP behaupten dagegen, die bestehende freiwillige Verbändeliste beim Bundestag sei ausreichend. Dort sind jedoch weder Unternehmen noch Lobbyagenturen oder Anwaltskanzleien registriert. Zudem fehlen darin Daten zu den Ausgaben für Lobbyarbeit, den bearbeiteten Themen oder den Namen der jeweiligen Lobbyisten. „Damit ist die Verbändeliste ganz klar kein Lobbyregister, wie es etwa die USA oder – schwächer – auch die EU haben“, erklärt Müller.

Bemerkenswert ist, dass sich bis auf die Union alle Parteien dafür aussprechen, das **Sponsoring von Parteiveranstaltungen** offen zu legen. Dieser Bereich ist bislang vollkommen intransparent. SPD, Grüne und Linke unterstützen zudem mehr Transparenz sowie Obergrenzen bei Parteispenden (in unterschiedlicher Höhe).

Auch bei den **Nebeneinkünften** zeigt sich eine klare Lagerbildung: SPD, Grüne und Linke befürworten eine Offenlegung auf Euro und Cent und tendenziell die

Schließung weiterer Transparenzlücken. Union und FDP halten die jüngst beschlossene Offenlegung in 10 Stufen für ausreichend.

Bezüglich der **Wechsel von ehemaligen Regierungsmitgliedern in Lobbytätigkeiten** unterstützen die Oppositionsparteien Karenzzeiten, die aber im Einzelnen sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Bei dem Thema gibt es die meisten Abweichungen. Die FDP ist hier immerhin für einen Verhaltenskodex, der eine Untersagung neuer Jobs ermöglichen solle, „wenn eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen droht“.

Beim Thema **Abgeordnetenbestechung** sind alle Parteien im Prinzip für die lange überfällige Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption. Allerdings sind auch hier deutliche Unterschiede erkennbar. Alle Oppositionsparteien haben dazu eigene Gesetzesentwürfe eingebracht, die sie nach der Wahl umsetzen wollen. Union und FDP betonen dagegen die juristischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Die FDP gibt an, sie wolle sich für eine „verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption“ einsetzen will. CDU und CSU wollen „weiter beraten, wie eine Umsetzung des Übereinkommens erfolgen kann“. In den vergangenen Monaten haben Union und FDP allerdings den Beratungsprozess zu dem Thema verschleppt und keine eigene Initiative in dem Feld gezeigt – obwohl sie als Regierungsparteien dafür in der Verantwortung standen.

Insgesamt zeigen die Antworten, dass sich Lobbyregulierung zu einem wichtigen Thema entwickelt hat. Die Debatte hat sich in den letzten Jahren weiter entwickelt. Es fehlen jedoch konkrete Fortschritte in der Umsetzung.

Mit der **Aktion „Meine Stimme gegen Lobbyismus und für Demokratie“** will LobbyControl über die Wahl hinaus den Druck auf die Parteien erhöhen, für mehr Transparenz und eine striktere Regulierung des Lobbyismus zu sorgen. Die Organisation sammelt Unterschriften unter ihre Forderungen und Botschaften von Bürgerinnen und Bürger an die neue Regierung. Diese sollen zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen an die nächsten Regierungsparteien übergeben werden. „In zahlreichen Politikfeldern ist der Einfluss der Lobbyisten stärker als die Wahlstimme der Bürger. Das widerspricht demokratischen Spielregeln. Deshalb muss sich beim Thema Lobbyismus in der nächsten Wahlperiode endlich etwas tun“, kritisiert Thomas Dürmeier, Vorstandsmitglied von LobbyControl.

Eine tabellarische Auswertung der Wahlprüfsteine und die ausführlichen Antworten der Parteien finden Sie unter <http://www.lobbycontrol.de>

Die Aktion „Meine Stimme gegen Lobbyismus und für Demokratie“ läuft unter <https://www.lobbycontrol.de/2013/08/aktionmeinestimme/>

Im Lobbyreport 2013 finden sich weitere Details zur Lobbyismus-Debatte der letzten vier Jahre: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport2013.pdf>